

Rede Protestkundgebung Bosch Bühl, 27. Oktober 2010

Kai Bliesener, IG Metall Bezirksleitung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut“.

Der Spruch ist zwar von der Jugend, aber er passt auch hier und heute, denn die Politik der Bundesregierung raubt vielen Menschen die Perspektive, schiebt sie ins Abseits und ist gerade mit Blick auf die Gesundheitsreform der Sargnagel für die soziale Gerechtigkeit in diesem Land.

Deshalb stehen wir heute hier vor dem Tor. Der Protest ist ein Zeichen: So geht es nicht weiter, wir wollen einen Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit.

Ihr seid mit eurem Protest hier bei Bosch in Bühl ein wichtiger Baustein unserer Aktionstage gegen die ungerechte und unsoziale Sparpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung. Ihr zeigt Flagge gegen eine Politik, die uns zwar eine Hand entgegenstreckt, aber nicht um sie uns zu reichen, sondern um den engen Gürtel noch weiter zusammenzuziehen. Gegen eine solche Politik müssen und werden wir uns zur Wehr setzen.

Seit Tagen finden in den Betrieben der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie im Land verschiedene Protestaktionen statt. In hunderten Betrieben stimmen unsere Kolleginnen und Kollegen über das Sparpaket ab. Dieses Votum schicken wir nach unserer Großkundgebung am 13. November in Stuttgart auf den Weg nach Berlin.

Dort wollen wir die Sparpakete mit den Abstimmungskarten der Regierung übergeben. Doch die ziert sich noch.

Der Herr Profalla von der CDU hat ausrichten lassen, man wolle die negativen Bilder für die Regierung nicht und deshalb werde niemand aus dem Kabinett die Sparpakete annehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das werden wir nicht so einfach akzeptieren. Mehrere hunderttausend Unterschriften in kurzer Zeit sind ein Pfund. Die einzig richtige Antwort darauf heißt: Die Bilder kommen so oder so. Aber wenn die Regierung nicht bereit ist, sich mit dem Votum der Menschen auseinander zu setzen, dann klopfen wir ihr auf die Finger und zwingen sie dazu!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

weil wir nicht tatenlos zuschauen werden, wie sich der alte neoliberale Zeitgeist wieder in unser Land frisst. Es war diese neoliberale Gesinnung, diese ungezügelte Gier nach immer mehr Profit und abartigen Renditen, die die Weltwirtschaft beinahe in den Abgrund getrieben hat. Und nach der Krise soll es so weitergehen wie zuvor? Mit uns nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Vor etwa 1 ½ Jahren, im April 2009 hat Bundeskanzlerin Angela Merkel resümiert und unter dem Eindruck der tiefsten Wirtschaftskrise der letzten 80 Jahre immerhin festgestellt: „Die Welt steht am Scheideweg.“

Bravo. Welch eine Erkenntnis.

Und einen kurzen Moment glaubte man fast, sie habe verstanden und sei auf dem richtigen Weg. Denn sie sagte damals, es müsse alles daran gesetzt werden, dass sich eine solche Krise nicht wiederhole.

Das hörte sich an, als sei hier jemand ernsthaft gewillt, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Aber es ist bei den Ankündigungen geblieben.

Wirklich passiert ist nichts. Das Kasino ist längst wieder eröffnet und an den Roulettischen der weltweiten Gier sitzen die gleichen Gesichter wie vor der Krise. Ihnen und ihren ungehemmten Spekulationen wurden weder Fesseln angelegt noch Schranken aufgebaut. Sie zocken schon längst wieder weiter, als wäre nichts geschehen. Ich meine, diesem Treiben muss endlich ein Ende gesetzt werden. Wir brauchen klare und strenge Regeln für Banken und Finanzmärkte, sonst jagen uns die Raubtiere in Nadelstreifen bald wieder in die Nähe des Abgrundes, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und wir müssen auch etwas tun gegen das größer werdende Ungleichgewicht bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Beides erfordert aktives Handeln. Die Finanzmarktkrise ist doch nicht vom Himmel gefallen. Sie war kein unbekannter Meteorit, der aus dem Nichts eingeschlagen ist. Sondern war und ist das Kind, das die jahrelang betriebene Deregulierung geboren hat.

Und wie siamesische Zwillinge ist dieses Kind des unsäglichen neoliberalen Geistes verwachsen mit der wachsenden Verteilungsungerechtigkeit bei uns. Aber genau das können wir uns nicht länger gefallen lassen, dieses Auseinanderdividieren der Gesellschaft in Arm und Reich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

kaum war das Porzellan zertrümmert, standen alle mit betroffenen Gesichtern vor dem Scherbenhaufen, den der ungehemmte und unregulierte Kapitalismus angerichtet hatte.

In diese Phase ist wahrscheinlich auch die vorhin beschriebene Offenbarung der Kanzlerin gefallen. Viel wurde geredet über notwendige Regeln. Und es schwappte eine Welle breiter Kritik an der in der Vergangenheit von den neoliberalen Gralshütern vielbeschworenen Selbsterneuerungsfähigkeit der Märkte durch die Republik.

Aus heutiger Sicht war es allerdings nur ein Sturm im Wasserglas. Kaum stabilisierte sich die Wirtschaft war keine Rede mehr von Regulation. Alle Selbstzweifel sind wieder einer knallharten Klientelpolitik für die Reichen und Herrschenden gewichen. Aber diese Politik hilft nicht die Gräben zuzuschütten, die in unserer Gesellschaft entstanden sind, sie vergrößert sie weiter. Damit muss endlich Schluss ein, wir brauchen einen Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir werden uns nicht damit abfinden,

- dass Geschenke in Milliardenhöhe an die Hoteliers und Energiekonzerne verteilt werden, während man gleichzeitig Hartz IV-Empfänger und Arbeitslose massiv belastet.
- dass massenhaft sichere und gute Jobs vernichtet und durch billige, ungesicherte und prekäre Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit ersetzt werden.
- dass man die Perspektiven der jungen Generation mit Füßen tritt und bei Bildung und Ausbildung spart und somit die Zukunftschancen unserer Kinder wieder vom Geldbeutel der Eltern abhängen
- dass die Arbeits- und Leistungsbedingungen in den Betrieben den Profitinteressen der Unternehmen unterworfen werden und damit Gesundheit und Lebensqualität der abhängig Beschäftigten gefährdet wird.
- Und dass die Rente zur Armutsfalle und Gesundheit von der Dicke des Geldbeutels abhängt.

Weil wir zu all dem nicht Ja und Amen sagen können und wollen, weil wir uns nicht wie die Lämmer zur Schlachtbank eines neu entfesselten und ungehemmten Kapitalismus führen lassen, sagen wir hier und heute laut und deutlich: Stopp! Es gibt kein „weiter so!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Sparpaket vertieft die Spaltung der Gesellschaft. Wir sagen: Die Krisenverursacher müssen zahlen. Statt unsozialer Sparpakete fordern wir endlich große Vermögen zu besteuern und den Spitzensteuersatz anzuheben, um die dringend notwendigen Investitionen in Bildung, Ausbildung und Beschäftigung zu finanzieren. Und wir fordern eine Finanztransaktionssteuer, um die Verursacher der Krise in Haftung zu nehmen.

Und wir sind gut beraten, jetzt auf den Putz zu klopfen. Frau Merkel sagte Mitte September: „Dies ist der Herbst der Entscheidungen für wichtige Weichenstellungen in Deutschland für das neue Jahrzehnt zwischen 2010 und 2020“. Und sie hat recht: Sparpaket, Gesundheitsreform, Überprüfung der Rente

mit 67, Neuregulierung der Leiharbeit, Ausstieg aus dem Atomausstieg, all diese Pakete sind im Herbst Gegenstand von Gesetzgebungsverfahren und in der parlamentarischen Debatte.

Im November und Dezember fallen viele Entscheidungen für oder gegen die einzelnen Maßnahmen. Deshalb müssen wir jetzt in die Offensive gehen und uns wehren, damit wir gesellschaftliche Mehrheiten gewinnen und einen Kurswechsel durchsetzen können.

Tatsache ist: Allein 30 Milliarden sollen im Sozialhaushalt gespart werden. Die vorgesehenen Einschnitte werden die Ärmsten der Armen treffen. Die Krisenverursacher bleiben schadlos. Ganze 2 Milliarden sollen die Banken aufbringen. Und zwar dieselben Banken, die mit Steuergeldern in Höhe von 30 Milliarden und Bürgschaften von über 150 Milliarden bis heute gestützt wurden.

Und es kommt noch dicker. Die Hypo Real Estate wurde erst vor wenigen Wochen mit weiteren Steuermitteln gepampert, damit sich das Führungspersonal Boni in Höhe von 25 Millionen Euro auszahlen kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, **das** ist die römische Dekadenz von der Westerwelle faselt. Ein solches Vorgehen ist unanständig und vollkommen inakzeptabel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist ja immer schön, wenn es etwas zu feiern gibt. Einige feiern offensichtlich auch ohne Grund gerne. Ich meine damit die Bundesregierung, allen voran Wirtschaftsminister Rainer Brüderle. Er feiert am liebsten sich selbst für den Aufschwung, zu dem er am allerwenigsten beigetragen hat.

Sicher, die Krise, die uns noch vor kurzem fest im Griff hatte, scheint abgehakt. Die Wirtschaft boomt wieder und die Wirtschaftsforschungsinstitute sagen für dieses Jahr ein Wachstum von 3,5 Prozent voraus.

Diesen Erfolg heftet sich die Bundesregierung ans Revers, klopft sich selbstzufrieden auf die Schulter und lässt die Sektkorken knallen. Und wie gesagt: Allen voran Rainer Brüderle.

Dabei hat gerade er nichts zum Aufschwung oder zur Überwindung der Krise beigetragen. Alle relevanten Vorschläge um die Konjunktur zu stabilisieren und somit die Unternehmen mit ihren Beschäftigten durch dieses Tal der Tränen zu steuern, kamen von den Gewerkschaften und wurden von der großen Koalition auf den Weg gebracht.

Die Ausweitung der Kurzarbeit, die Abwrackprämie und ein breites Konjunkturprogramm, alles wurde von uns vorgeschlagen und von der großen Koalition verabschiedet. Brüderle wollte keine dieser Maßnahmen.

Zum Glück konnte er sie nicht verhindern.

Aber die Realität hält den Wirtschaftsminister offensichtlich nicht davon ab, sich mit der stabilen Lage am Arbeitsmarkt und dem Aufschwung zu schmücken. Und mit seinem populistischen Palaver über Lohnerhöhungen, setzt er sogar noch eines drauf. Natürlich hat er recht, wenn er sagt, die Arbeitnehmer sollen am Aufschwung teilhaben. Aber das regeln die Tarifparteien unter sich, da hat sich die Politik gefälligst mit guten Ratschlägen rauszuhalten.

Statt über Dinge zu reden, die ihn nichts angehen, soll er sich doch bitteschön um das eigentliche Problem kümmern und dem immer weiter um sich greifenden Niedriglohnsektor und der Leiharbeit endlich den Garaus machen. Dann würde er endlich auch mal etwas leisten und nicht nur Unsinn quatschen.

Das Problem sind doch nicht die tariflich regulierten Bereiche. Das Problem sind die 7 Millionen Menschen, die zu Hungerlöhnen schufteten müssen. Ihnen muss man helfen aus dieser Abwärtsspirale einen Ausweg zu finden.

Was Brüderle eigentlich will, ist mit einem durchsichtigen Manöver von den eigentlich wichtigen Entscheidungen ablenken. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen die bitteren Pillen der Gesundheitsreform schlucken, sollen die Lasten des Sparpaketes schultern und sich mit der Rente ab 67 abfinden. Und durch die aktuelle Gesetzgebung entstehen fast nur befristete Stellen und boomt die Leiharbeit. Ein fairer Anteil sieht anders aus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir brauchen keine Nachhilfe von Herrn Brüderle. In der Metall- und Elektroindustrie sind die Effektivverdienste zwischen 2000 und 2008 um 20,6

Prozent gestiegen – in der Gesamtwirtschaft waren es 10,5 Prozent. Ende 2008 konnten wir für das Krisenjahr 2009 eine Entgelterhöhung von 4,2 Prozent durchsetzen. Und ab April 2011 gibt es weitere 2,7 Prozent, die – wie bei euch, bei Bosch vereinbart – um zwei Monate auf Februar vorgezogen werden können.

Die Beschäftigten in den Niedriglohnsektoren und der Leiharbeit werden dagegen mit deutlich weniger Geld abgespeist, haben wenig Schutz vor Kündigung und profitieren nicht vom Aufschwung. 60 Prozent der im Aufschwung entstandenen Arbeitsplätze sind in der Leiharbeit.

54 Prozent der unter 25-jährigen befinden sich in prekären Arbeitsverhältnissen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf für die Regierung und ihren neuerdings so engagierten Wirtschaftsminister: Der gesamte Niedriglohnbereich muss endlich gesetzlich reguliert werden um diese Ausbeutung und diesen Wildwuchs zu stoppen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch bei der Rente steigt das Armutsrisiko. Ein durchschnittlicher Facharbeiter hat nach 40 Versicherungsjahren Anspruch auf 1.110 Euro Rente. Kommt die Rente mit 67, bleiben noch knapp 1.000 Euro übrig. Und davon soll jemand leben, der ein Leben lang geschuftet hat. Wir sagen deshalb deutlich: Stoppt diesen Irrsinn. Wer ein Leben lang arbeitet, hat Anspruch im Alter anständig leben zu können und nicht von Alterarmut bedroht zu sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch der Gesundheitsminister Philipp Rösler macht keine bessere Figur als sein Parteikollege Brüderle. Die von ihm vorgelegte Gesundheitsreform wurde nicht nur von der Pharmalobby mitgeschrieben. Sie will außerdem, dass die Mehrkosten im Gesundheitswesen in Zukunft alleine von uns Versicherten geschultert werden. Selbstständige, Beamte und Politiker bleiben außen vor. Und vor allem die Profitinteressen der Anbieter von Gesundheitsleistungen bleiben unangetastet.

Kolleginnen und Kollegen, was Rösler vorhat ist das Ende einer solidarischen Krankenversicherung, der endgültige Abgesang auf die paritätische Finanzierung und der Beginn einer Zwei-Klassen-Medizin.

Wir fordern: Stoppt diesen Wahnsinn und schafft endlich eine Bürgerversicherung, in der alle solidarisch die Gesundheitsrisiken unserer Gesellschaft abdecken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch die Atompolitik ist ein Graus. Der Ausstieg vom Atomausstieg, für die Stromkonzerne garniert mit der Verlängerung der Restlaufzeiten, ist nichts anderes als eine Lizenz zum Gelddrucken für die Stromunternehmen. Hier hat sich die Politik ganz offensichtlich zum Erfüllungsgehilfen einer Industrie gemacht, die keine Rücksicht nimmt auf die Lebensinteressen der Bürgerinnen und Bürger. Ich sage: Kein Ausstieg aus dem Atomausstieg. Das ist nicht nur eine Frage der Ökologie, sondern auch eine der Glaubwürdigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr seht also, es ist wichtig sich einzumischen – und zwar jetzt. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Wir wollen und brauchen einen Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit. Dafür gehen wir in diesem Herbst auf die Straße. Wir sehen uns am 13. November auf dem Schlossplatz in Stuttgart.

Danke für Eure Aufmerksamkeit.